

Piratenpartei Deutschland Pflugstr.9a 10115 Berlin

D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V.
Gipsstr. 3

10119 Berlin

20.05.2024

Ihre Anfrage zur EU-Wahl

Sehr geehrte Damen und Herren,
hallo Erik,

danke für die Wahlprüfsteine im Rahmen der EU-Wahl 24, die wir
nachfolgend beantworten:

Alle nicht-personenbezogenen und nicht als Verschlusssache eingestuften Daten von Institutionen der Europäischen Union und ihrer öffentlich geförderten Projekte sind grundsätzlich so zu veröffentlichen, dass sie der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stehen (Open Data by Default).

Wir unterstützen die Forderung vollauf. Transparenz und Informationsfreiheit aller mit Steuergeldern teil- oder ganz finanzierten Daten ist ein Kernanliegen von uns Piraten. Denn sie sind mit den Geldern der Allgemeinheit bezahlt und müssen gemäß der Lösung "Public money, public code" somit auch der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Die kostenfreie und leichte Auffindbarkeit derartiger Daten ist für uns dabei selbstverständlich. Datenschutzrechte müssen dabei so ausgelegt werden, dass datenschutzrelevante Inhalte geschwärzt werden. Wobei die Entscheidung, was tatsächlich datenschutzrelevant ist, von unabhängiger Stelle zu entscheiden ist.

Forschungsergebnisse, die durch Mittel der Europäischen Union finanziert werden, sind grundsätzlich so zu publizieren, dass sie der Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung stehen (Open Access).

Wir unterstützen die Forderung aus gleichem Grund vollauf. Unser Europaabgeordneter Patrick Breyer hat sogar vor dem EuGH

Piratenpartei Deutschland Bundesverband

Pflugstraße 9a
10115 Berlin

www.piratenpartei.de
vorstand@piratenpartei.de

Telefon: +49-30-27572040
Telefax: +49-30-609897517
bgs@piratenpartei.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Vorsitzender:
Lukas Küffner

Stellv. Vorsitzender:
Stephan Franzelius

Schatzmeister:
Wolf Vincent Lübcke

Stellv. Schatzmeisterin:
Jutta Dietrich

Pol. Geschäftsführer:
Dennis Klüver

Stellv. pol. Geschäftsführer:
Babak Tubis

Generalsekretär:
Borys Sobieski

Stellv. Generalsekretär:
Stephan Erdmann

Bankverbindung:

GLS Bank Bochum
IBAN: DE36430609677006027900
BIC: GENODEM1GLS

dagegen geklagt, dass die EU öffentlichen Zugang zu Unterlagen über ein Projekt zur Erprobung eines "Video-Lügendetektors" mit der Begründung von Geschäftsgeheimnissen verweigert hat. Die EuGH-Urteile gewähren beträchtlichen Teilzugang und setzen dem Argument der Geschäftsgeheimnisse enge Grenzen. Nur Open Access ermöglicht eine kritische und unabhängige Bewertung EU-geförderter Forschung. Öffentliche Gelder müssen auch öffentlichen Zugang bedeuten. Das bisherige System stellt eine bloße Industrieförderung dar und begünstigt die Entwicklung dystopischer Überwachungs- und Kontrolltechnologien.

Jede:r hat ein Recht auf Verschlüsselung von Daten und Netzen. Digitale Verschlüsselungstechniken sind zum Schutz der Grundrechte unverzichtbar, das Recht auf ihre Anwendung ist verfassungsrechtlich geboten. Neue Regelungen, die ein Aushebeln der Vertraulichkeit der Kommunikation bedeuten (wie z.B. die Chatkontrolle und Staatstrojaner), lehnen wir ab.

Wir unterstützen die Position vollauf. Unser Europaabgeordneter hat die Parlamentsposition zur Chatkontrolle mit ausgehandelt und in unermüdlicher Arbeit eine parteiübergreifende Einigung darauf erreicht, Chatkontrolle und Zerstörung sicherer Verschlüsselung zu ersetzen durch einen neuen Ansatz zum Kinderschutz. Gleichzeitig beobachten wir Piraten die EUGoingDark-Arbeitsgruppe der EU, in der ebenfalls an einer Aushöhlung von Verschlüsselung gearbeitet wird, ausgesprochen kritisch.

Aufgabe aller staatlicher Institutionen - inklusive Sicherheitsbehörden - ist es, IT-Sicherheitslücken dem Hersteller zu melden und bei der Behebung zu unterstützen, nicht, sie auszunutzen.

Wir unterstützen die Forderung vollauf. Die Zulassung von Spyware gegen Journalist:innen im EU-Medienfreiheitsgesetz haben wir abgelehnt. Insofern lehnen wir auch und erst recht Forderungen nach dem Einbau von Hintertüren für das Eindringen staatlicher Organe in Endgeräte ein, da dies deren Integrität zerstört wie auch ein Einfallstor für jegliche Art "schwarzer Hacker" ist.

Für alle Institutionen und Einrichtungen der EU werden verbindlich Open-Source-Software (OSS), offene Schnittstellen und Datenformate vorgeschrieben. Dafür soll die Förderung solcher Software, bspw. durch Finanzierung, ausgebaut werden.

Wir unterstützen die Forderung vollauf. Schon unser vorheriger Europaabgeordneter Felix Reda hatte die Bereitstellung von 1 Million Euro zur Förderung der Sicherheit freier Software erreicht. In den letzten Jahren haben wir dafür gekämpft, dass das EU-Parlament neben kommerzieller Software zumindest alternative Open Source-Software anbietet und auch selbst neben den kommerziellen Plattformen auf Mastodon kommuniziert.

Desinformation - insbesondere unterstützt durch künstliche Intelligenz - stellt eine große Gefahr für die Demokratie dar. Die EU soll mehr Initiative gegen Desinformation ergreifen, u.a. durch Gelder zur Förderung von Digital Literacy.

Wir unterstützen die Forderung vollauf. Neben finanzieller Förderung von

Medienkompetenz müssen endlich auch die Empfehlungsalgorithmen der Überwachungskapitalistischen Social Media-Konzerne aufgebrochen werden, weil diese die wichtigste Ursache für die weite Verbreitung von Desinformation sind. Ihr Einsatz sollte eine freie Nutzerentscheidung voraus setzen. Die Nutzer:innen müssen das Recht erhalten, alternativ eigene Empfehlungsalgorithmen ihrer Wahl einzusetzen.

Für Arbeitnehmer:innen soll ein Recht auf Nichterreichbarkeit durch den Arbeitgeber außerhalb der Arbeitszeit gelten.

Wir unterstützen die Forderung vollauf. Alles andere führt Arbeitszeitregelungen ad absurdum, verhindert Freizeitplanung und lässt auch Regeneration bestenfalls eingeschränkt zu. Vielmehr müssen Arbeitgeber:innen in der Lage sein, unvorhergesehene personelle Ausfälle oder Arbeitsspitzen zu kompensieren. Extra dafür wurde die Zeitarbeitsbranche geschaffen, wenn man als Arbeitgeber:in nicht festes Personal für derartige Situationen dauerhaft binden möchte.

Addictive Design auf Online-Plattformen muss eingegrenzt werden. Dafür soll ein übergreifendes Regelwerk für alle Mechanismen und Designelemente geschaffen werden, die die Entscheidungsfindung von insb. minderjährigen Nutzer:innen im digitalen Raum beeinflussen.

Wir unterstützen die Forderung vollauf. Insbesondere der Jugendschutz muss egal wobei stets gewährleistet sein. Und somit auch der vor einem übermäßigen Konsum elektronischer Medien, genauso, wie die Nutzung nur einer Wissensquelle. Daher setzen wir uns für eine möglichst frühe und im schulischen Bereich fächerübergreifende Medienbildung ein, die nicht nur das Erkennen von FakeNews oder künstlicher Intelligenz umfasst, sondern eben auch ein reflektiertes Nutzungsverhalten.

Wir hoffen, mit diesen Aussagen gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.